

2893354

Num 5. Sept. 1907

Satzung

des

Deutschen Apotheker-Vereins

vom

5. September 1907.



53

Bücherei
Die Deutsche Apothekerschaft
Nr. 953

Satzung
des
Deutschen Apotheker-Vereins

vom 5. September 1907.



BERLIN 1907

Druck von Denter & Nicolas

Neue Friedrichstraße 43.

Satzung

Deutscher Apotheker-Verein

vom 5. September 1907



Druck von J. Neumann, Neudamm

Auf Ihren Bericht vom 14. d. Mts. will Ich die anliegend zurückfolgenden „Erneuerten Satzungen des Deutschen Apotheker-Vereins vom 21. Februar 1893“ an Stelle des bisherigen „revidierten Statuts vom 9. September 1880“,

unbeschadet der dem genannten Verein auf Grund seiner Statuten durch Allerhöchsten Erlaß vom 21. Juli 1869 verliehenen Rechte einer juristischen Person, hiermit in Gnaden genehmigen.

Berlin, den 17. April 1893.

(gez.) **Wilhelm. R.**

(ggez.) Graf zu Eulenburg. von Schelling. Bosse.

An die Minister des Innern, der Justiz und der geistlichen pp. Angelegenheiten.

Beglaubigt.

Berlin, den 9. Mai 1893.

In Vertretung des Direktors der Geheimen Kanzlei des Ministeriums der geistlichen pp. Angelegenheiten.

(L. S.)

Eckersberg
Geheimer Kanzleisekretär.

Die vorstehende Satzung des Deutschen Apotheker-Vereins vom 5. September 1907 wird genehmigt.

Die erneuerten Vereinssatzungen vom 21. Februar 1893 treten außer Kraft.

Potsdam, den 4. Februar 1908.

Der Oberpräsident.

Erster Abschnitt.

Die Zwecke des Vereins und seine Mitglieder.

Der bisher nach Maßgabe der „Erneuerten Satzungen“ vom 21. Februar 1893 verwaltete Deutsche Apotheker-Verein, hervorgegangen aus der am 3. September 1872 stattgefundenen Vereinigung des Norddeutschen und des Süddeutschen Apotheker-Vereins, nimmt zufolge Beschlusses der Hauptversammlung vom 5. September 1907 nachstehende Satzung als neue Grundverfassung an.

§ 1.

Zweck und Sitz des Vereins.

Der Verein bezweckt innerhalb des Gebietes des Deutschen Reiches Pflege, Förderung und Vertretung der Interessen des deutschen Apothekerstandes. Er hat seinen Sitz in Berlin.

§ 2.

Aufgaben.

Der Verein stellt sich folgende Aufgaben:

1. Die Fortbildung der Pharmazie zu fördern durch Herausgabe einer wissenschaftlichen Vereinszeitschrift, des „Archivs der Pharmazie“, der Vereinszeitung „Apotheker-Zeitung“ sowie sonstiger Bücher und Schriften.
2. Die sittlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen des Apothekerstandes, insbesondere der Vereinsmitglieder, zu wahren und zu fördern.
3. Hilfsbedürftige Fachgenossen oder ihre Familien zu unterstützen und Studierenden der Pharmazie das Studium durch Stipendien zu erleichtern, sowie Gehilfen und Lehrlingen durch Prämien für gute wissenschaftliche Arbeiten eine anregende Anerkennung zu gewähren.

§ 3.

Bestandteile des Vermögens.

Das Vermögen des Deutschen Apotheker-Vereins, welches zur Zeit vorhanden ist, zerfällt in:

- a) die Vereinskasse, welche am 31. Dezember 1906 ein zinstragendes Vermögen von 78628,90 M besaß;
- b) die Allgemeine Unterstützungskasse, welche am 31. Dezember 1906 ein zinstragendes Vermögen von 63706,10 M besaß;
- c) die Gehilfen-Unterstützungskasse, welche am 31. Dezember 1906 ein zinstragendes Vermögen von 125865 M besaß;
- d) die Stipendienkasse, welche am 31. Dezember 1906 ein zinstragendes Vermögen von 16595,80 M besaß;
- e) die Bergter-Stiftung, welche am 31. Dezember 1906 ein zinstragendes Vermögen von 2946 M besaß;
- f) die Dr. Christian Brunnengraeber-Stiftung, welche am 31. Dezember 1906 ein zinstragendes Vermögen von 5008,20 M besaß;
- g) die August Garcke-Stiftung, welche am 31. Dezember 1906 ein zinstragendes Vermögen von 77206,29 M besaß;
- h) die Gehe-Stiftung, welche am 31. Dezember 1906 ein zinstragendes Vermögen von 11784 M besaß;
- i) die Dr. C. Lampe-Stiftung, welche am 31. Dezember 1906 ein zinstragendes Vermögen von 1964 M besaß;
- k) die Dr. Gustav Mankiewicz-Stiftung, welche am 31. Dezember 1906 ein zinstragendes Vermögen von 9600 M besaß;
- l) die Meurer-Stiftung, welche am 31. Dezember 1906 ein zinstragendes Vermögen von 1865,80 M besaß;
- m) die Phöbus-Stiftung, welche am 31. Dezember 1906 ein zinstragendes Vermögen von 4910 M besaß;
- n) die Johann Albert Schmidt-Stiftung, welche am 31. Dezember 1906 ein zinstragendes Vermögen von 9918,20 M besaß;
- o) die Richard Trommsdorff-Stiftung, welche am 31. Dezember 1906 ein zinstragendes Vermögen von 1473 M besaß;
- p) die Weber-Stiftung, welche am 31. Dezember 1906 ein zinstragendes Vermögen von 2946 M besaß;
- q) die Pharmazeut Otto Wilhelm-Stiftung, welche am 31. Dezember 1906 ein zinstragendes Vermögen von 2616 M besaß;
- r) die Geheimrat Dr. Ewald Wolff-Stiftung, welche am 31. Dezember 1906 ein zinstragendes Vermögen von 4517,20 M besaß.

Vom Vorstande des Vereins werden verwaltet:

1. die Alves-Stiftung, welche am 6. Mai 1907 ein zinstragendes Vermögen von 20090 M besaß;
2. die Buchholz-Gehlen-Trommsdorff-Stiftung, welche am 31. Dezember 1906 ein zinstragendes Vermögen von 196835,28 M besaß;
3. die Hagen-Buchholz-Stiftung, welche am 31. Dezember 1906 ein zinstragendes Vermögen von 17413,60 M besaß;
4. die Pensionszuschußkasse des Deutschen Apotheker-Vereins, welche am 31. Dezember 1906 ein zinstragendes Vermögen von 113998,20 M besaß.

§ 4.

Einkünfte des Vereins.

Die Einkünfte des Vereins bestehen:

1. aus den Eintrittsgeldern;
2. aus den jährlichen Beiträgen;
3. aus den Beiträgen für die Unterstützungskassen des Vereins;
4. aus außerordentlichen Einnahmen;
5. aus den Zinsen der Kapitalien seiner Kassen und Stiftungen;
6. aus dem Ertrage des Verlages des Vereins.

§ 5.

Mitglieder.

Die Mitglieder des Deutschen Apotheker-Vereins sind ordentliche, korrespondierende oder Ehrenmitglieder.

§ 6.

Aufnahme.

Ordentliches Mitglied kann jeder im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindliche, reichsangehörige approbierte Apotheker werden. Zur Erlangung der Aufnahme ist ein schriftlicher Antrag an den Vorsteher des Kreises, in welchem der Antragsteller wohnt, zu richten.

Der Antrag muß eine Angabe über die Stellung und die Art der Tätigkeit des Antragstellers, sowie die Erklärung enthalten, daß er sich der Satzung des Deutschen Apotheker-Vereins für den Fall der Aufnahme unterwirft.

Der Kreisvorsteher hat das Gesuch nach vorheriger Prüfung mit gutachtlicher Äußerung dem Vereinsvorsitzenden einzusenden, welcher, falls sich Bedenken nicht ergeben, die Aufnahme durch Uebersendung der

Mitgliedsurkunde und eines Abdrucks der Satzung vollzieht, entgegengesetzten Falls dem Vorstände des Vereins das Aufnahmegesuch zur Entscheidung unterbreiten muß.

Bei Ablehnung des Gesuchs hat der Vorstand dem Antragsteller Gründe nicht anzugeben.

In jedem Falle erfolgt Benachrichtigung des Antragstellers und des Vorstehers des betreffenden Kreises.

Eine erneute Anmeldung darf frühestens ein Jahr nach der Ablehnung berücksichtigt werden.

Für Apotheken, welche für die Erben eines Apothekers verwaltet werden oder sich im Besitze des Staates, einer Gemeinde oder sonstigen Körperschaft befinden, kann die Mitgliedschaft durch Erklärung der zur Vertretung der Firma bzw. der zuständigen Behörde befugten Personen gleichfalls erworben werden. Sie werden dem Verein gegenüber durch den verantwortlichen Leiter (Verwalter, Stellvertreter, Geschäftsführer) vertreten.

§ 7.

Pflichten der Mitglieder.

Die ordentlichen Mitglieder zahlen einen Jahresbeitrag von 15 M, der im Monat Januar an die Kreisvorsteher einzusenden und von letzteren an den Schatzmeister abzuliefern ist.

Neuaufgenommene zahlen in den ersten vier Wochen nach erfolgter Aufnahme außer dem vollen Beitrage für das laufende Jahr, in welchem sie aufgenommen sind, ein Eintrittsgeld von 6 M.

Die Vereinskreise sind befugt, von ihren Mitgliedern einen Jahresbeitrag bis zur Höhe von 3 M für die Kreiskasse zu erheben.

Außerdem ist jedes ordentliche Mitglied verpflichtet, bei Annahme eines Lehrlings 6 M an die Stipendienkasse des Vereins zu zahlen.

§ 8.

Rechte der Mitglieder.

Jedes ordentliche Mitglied hat das Recht:

1. zur Teilnahme an den Haupt- und Kreisversammlungen;
2. der Wählbarkeit zu allen Vereinsämtern, soweit nicht Bestimmungen dieser Satzung entgegenstehen;
3. zur Benutzung aller vom Vereine geschaffenen Anstalten und Einrichtungen nach Maßgabe der darüber erlassenen oder künftig festzusetzenden Vorschriften und zum kostenfreien Bezuge des „Archivs der Pharmazie“ und der „Apotheker-Zeitung“.

§ 9.

Erlöschen der Mitgliedschaft.

Die Mitgliedschaft erlischt:

1. durch den Tod;
2. durch eine an den Vorsteher des Kreises bis spätestens zum 1. Dezember zu sendende schriftliche Austrittserklärung. Die Bestimmungen des § 54 Ziffer 1 werden hierdurch nicht berührt. Eine spätere Erklärung entbindet nicht von der Verpflichtung zur Zahlung der Beiträge für das nächste Jahr;
3. durch Streichung aus der Mitgliederliste,
 - a) wenn das Mitglied die Beiträge nicht entrichtet,
 - b) wenn es, ohne gleichzeitig eine Apotheke zu besitzen, eine Klein-Drogenhandlung errichtet oder übernimmt;
4. durch Ausschluß.

§ 10.

Streichung und Ausschluss.

Die Streichung eines Mitgliedes erfolgt durch den Vorstand, wenn es nach Ablauf der vorgeschriebenen Frist seine Beiträge nicht gezahlt hat und bei einer versuchten Einziehung derselben durch Postauftrag die Zahlung verweigert, sowie wenn der Fall des § 9 Ziffer 3b festgestellt ist.

Der Ausschluß eines Mitgliedes muß erfolgen, wenn es zu Zuchthausstrafe oder zu Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt ist.

Er kann erfolgen:

- a) wenn Tatsachen festgestellt sind, welche, ohne daß der unter Absatz 1 dieses Paragraphen gedachte Fall vorliegt, ein Mitglied als unehrenhaft oder verächtlich erscheinen lassen, oder wenn das Mitglied die Standesehre verletzt hat;
- b) wenn ein Mitglied den Vorschriften der Satzung bezw. der zu ihrer Ausführung erlassenen Bestimmungen beharrlich zuwiderhandelt.

Der Ausschluß erfolgt im Falle des Absatzes 2 durch den Vorstand allein, in den Fällen des Absatzes 3a und b, durch den Vorstand, nachdem in abgeschlossenem ehrenrätlichen Verfahren ein Urteil auf Ausschluß gefällt worden ist.

§ 11.

Ausschliessungsverfahren.

Erhält der Vorstand Kenntnis von Tatsachen, welche gemäß § 10, Absatz 3a und b die Ausschließung eines Mitgliedes rechtfertigen, so leitet er gemäß § 54 dieser Satzung das ehrenrätliche Verfahren ein.

§ 12.

Bekanntmachung des Ausschlusses.

Der erfolgte Ausschluß wird dem Betroffenen, sowie allen Kreisvorstehern schriftlich mitgeteilt.

§ 13.

Wiederaufnahme.

Die Wiederaufnahme eines ausgeschlossenen Mitgliedes erfolgt durch den Vorstand. Sie darf nur erfolgen, wenn die Gründe, welche den Ausschluß veranlaßten, vollständig beseitigt sind. Zur Wiederaufnahme ist Einstimmigkeit der Vorstands-Mitglieder erforderlich.

§ 14.

Die korrespondierenden Mitglieder.

Die korrespondierenden Mitglieder werden durch den Vorstand ernannt. Sie zahlen weder Eintrittsgeld noch Beiträge, erhalten aber je einen Abdruck des „Archivs der Pharmazie“ und der „Apotheker-Zeitung“. Sie haben das Recht, an den Versammlungen des Vereins mit beratender Stimme teilzunehmen.

§ 15.

Die Ehrenmitglieder.

Die Ehrenmitglieder können nur auf Antrag des Vorstandes durch die Hauptversammlung ernannt werden. Sie zahlen weder Eintrittsgeld noch Beiträge, sind zu den Vereinsämtern nicht wählbar, haben aber im übrigen die gleichen Rechte wie die ordentlichen Mitglieder.

Zweiter Abschnitt.**Die Verwaltung des Vereins.**

§ 16.

Organe des Vereins.

Organe des Vereins sind:

1. die Hauptversammlung,
2. der Vorstand,
3. der Kassenprüfer,
4. die Kreise,
5. die Ehrenräte,
6. die Geschäftsstelle.

Erste Abteilung.

Die Hauptversammlung.



§ 17.

Zusammensetzung.

Die Vereinsmitglieder haben das Recht, den Hauptversammlungen beizuwohnen und in ihnen ihre Meinung abzugeben. Zur Abstimmung berechtigt sind nur die Abgeordneten der Vereinskreise und die Mitglieder des Vorstandes. Zu den Hauptversammlungen hat jeder Kreis für je 50 Mitglieder oder einen Teil dieser Zahl je einen Abgeordneten zu wählen, so zwar, daß jeder Kreis, welcher bis zu 50 Mitgliedern zählt, einen, jeder Kreis von mehr als 50 bis zu 100 Mitgliedern zwei, jeder Kreis von mehr als 100 bis zu 150 Mitgliedern drei Abgeordnete wählt und so fort. Ferner hat jeder Kreis eine entsprechende Zahl von Stellvertretern dieser Abgeordneten zu wählen. Die Stellvertreter werden in der Reihenfolge herangezogen, in welcher sie der Stimmenzahl nach gewählt sind.

Die Wahl der Abgeordneten und deren Stellvertreter erfolgt jedesmal in der Kreisversammlung durch einfache Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet das von dem Vorsitzenden der Kreisversammlung zu ziehende Los. Der Kreisvorsteher hat zugleich mit der Tagesordnung jedem Kreismitgliede die Stimmzettel zuzusenden. Soweit die Mitglieder nicht persönlich an der Kreisversammlung teilnehmen, sind sie berechtigt, die betreffenden Stimmzettel ausgefüllt und verschlossen an den Kreisvorsteher einzusenden, welcher sie bei der Abstimmung öffnet. Die Wahlen müssen vor dem 1. Juli jedes Jahres (§ 46) stattfinden. Die Amtsdauer der Abgeordneten und deren Stellvertreter erstreckt sich vom 1. Juli bis zum 30. Juni des folgenden Jahres.

Die Annahme der Wahl verpflichtet zum Besuche der Hauptversammlung. Die gewählten Abgeordneten erhalten zu ihrem Ausweise eine von dem Kreisvorsteher unterzeichnete Beglaubigung, welche beim Beginne der Verhandlungen in der Hauptversammlung dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter einzuhändigen ist. Stellvertretung kann nur durch den für jeden Abgeordneten zu wählenden Stellvertreter stattfinden. Ist ein Abgeordneter verhindert, an der Hauptversammlung teilzunehmen, so hat er rechtzeitig seinen Stellvertreter zu benachrichtigen.

Die Fahrgelder der Abgeordneten oder ihrer Stellvertreter werden aus der Vereinskasse bestritten. Die Grundsätze, nach welchen die Fahrgelder zu erstatten sind, stellt die Hauptversammlung fest.

§ 18.

Zeit und Ort der Hauptversammlung.

Die ordentliche Hauptversammlung findet alljährlich in der Zeit zwischen dem 15. August und dem 1. Oktober an dem von der letzten Hauptversammlung bestimmten Orte innerhalb des Vereinsgebietes statt. Ist die Abhaltung der Hauptversammlung an dem gewählten Orte untunlich, so bestimmt der Vorstand einen anderen Ort.

Außerdem hat der Vorstand das Recht, außerhalb der genannten Zeit außerordentliche Hauptversammlungen zu berufen, welche in Berlin abgehalten werden müssen. Der Vorstand ist zur Einberufung einer außerordentlichen Hauptversammlung verpflichtet, wenn mindestens ein Drittel der Vereinskreise mit gleicher, schriftlich einzureichender Begründung einen dahingehenden Antrag stellt.

§ 19.

Berufung der Hauptversammlung.

Die Berufung einer ordentlichen Hauptversammlung erfolgt im Namen des Vorstandes durch den Vorsitzenden des Vereins unter Angabe von Ort und Zeit sowie der Tagesordnung sechs Wochen vor dem Zusammentritt vermittelt Veröffentlichung im amtlichen Teile der „Apotheker-Zeitung“.

Die Berufung einer außerordentlichen Hauptversammlung erfolgt binnen 14 Tagen nach Eingang der Anträge unter Angabe der Tagesordnung. Die Abhaltung muß innerhalb vier Wochen nach der Berufung stattfinden. Der Vorstand kann in dringlichen Fällen unter Veröffentlichung der Tagesordnung eine außerordentliche Hauptversammlung binnen 14 Tagen berufen.

§ 20.

Zuständigkeit der Hauptversammlung.

Der ordentlichen Hauptversammlung steht zu:

1. Die Wahl der Mitglieder des Vorstandes und des Kassenprüfers sowie seines Stellvertreters;
2. die Feststellung besonderer Bestimmungen über die Einrichtung und Verwaltung des Vereins;
3. die Bestimmung über die Verwaltung und Verwendung des Vereinsvermögens, sowie die Prüfung und Genehmigung des Voranschlages und des Rechenschaftsberichtes (Erteilung der Entlastung);
4. die Entscheidung über etwaige Beschwerden gegen den Vorstand oder gegen andere Inhaber von Vereinsämtern;

5. Beratung und Beschlußfassung über die nach Maßgabe der Satzung gestellten Anträge;
 6. die Wahl des nächstjährigen Versammlungsortes;
 7. die Beratung und Beschlußfassung über Abänderung der Satzung.
- Der außerordentlichen Hauptversammlung steht zu:
1. die Beratung und Beschlußfassung über die etwaige Auflösung des Vereins;
 2. die Beratung und Beschlußfassung über die für dieselbe besonders gestellten Anträge.

§ 21.

Leitung der Hauptversammlung.

Die Hauptversammlung wird von dem Vorsitzenden des Vereins oder seinem Stellvertreter, im Verhinderungsfalle beider durch einen von dem Vorstände aus seiner Mitte zu erwählenden Stellvertreter geleitet.

§ 22.

Tagesordnung der Hauptversammlung.

Anträge für die Tagesordnung der ordentlichen Hauptversammlung können von den Kreisen, von einzelnen Mitgliedern und vom Vorstände eingebracht werden.

Anträge der Kreise und einzelnen Mitglieder müssen in die Tagesordnung eingesetzt werden, wenn sie so zeitig beim Vorsitzenden eingereicht werden, daß dieser sie vier Wochen vor der Hauptversammlung in der „Apotheker-Zeitung“ veröffentlichen kann. Jedem Antrage ist bei der Einreichung eine schriftliche Begründung beizufügen. Die Vorberatung der Anträge einzelner Mitglieder durch den Vorstand geschieht unter Hinzuziehung des Antragstellers, falls dieser nicht darauf verzichtet.

Der Vorstand kann jederzeit Anträge bei der Hauptversammlung einbringen.

Der Vorsitzende ist verpflichtet, auch solche Anträge, welche nicht auf der Tagesordnung stehen, aber von 15 Abgeordneten der Hauptversammlung unterstützt sind, mit Ausnahme der Abänderungen der Satzung und der Auflösung, zur Beratung beziehentlich Beschlußfassung zu stellen.

§ 23.

Beschlußfähigkeit der Hauptversammlung. Abstimmung und Wahlen.

Die Hauptversammlung ist beschlußfähig, wenn in ihr die Hälfte der Vereinskreise durch Abgeordnete vertreten ist.

Sind zur Hauptversammlung nicht soviel Abgeordnete gekommen, so ist eine zweite mit derselben Tagesordnung zu berufende Hauptversammlung ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig, insofern in der Einladung auf diese Folge ausdrücklich hingewiesen worden ist.

Abgesehen von den in dieser Satzung bestimmten Fällen, in welchen eine größere Stimmenzahl vorgeschrieben ist, entscheidet Stimmenmehrheit, und bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Soweit die Hauptversammlung nichts anderes beschließt, bestimmt der Vorsitzende die Form der Abstimmung.

§ 24.

Verhandlungsbericht.

Die Beschlüsse und Abstimmungen der Hauptversammlung sind in einem Verhandlungsbericht niederzuschreiben und von dem Vorsitzenden und drei von der Hauptversammlung gewählten Abgeordneten unterschriftlich zu vollziehen. Durch diesen Bericht, welcher in der „Apotheker-Zeitung“ zu veröffentlichen ist, wird der Nachweis der ordnungsmäßigen Verhandlung und Beschlußfassung der Hauptversammlung geführt.

Zweite Abteilung.

Der Vorstand.

§ 25.

Mitglieder des Vorstandes.

Der Vorstand besteht aus sieben Mitgliedern, von denen mindestens fünf Apothekenbesitzer sein müssen. Der Vorstand erwählt aus seiner Mitte für die ganze Amtsdauer der betreffenden Mitglieder einen Vorsitzenden, einen Stellvertreter des Vorsitzenden, einen Schatzmeister, und beschließt über deren etwaige Stellvertretung.

§ 26.

Wahl der Mitglieder des Vorstandes.

Die Vorstandsmitglieder werden durch die Hauptversammlung auf drei Jahre gewählt. Die Wahl erfolgt vermittelst Stimmzettel durch absolute Stimmenmehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder. Die Wahl jedes einzelnen Vorstandsmitgliedes ist in einem besonderen Wahlgange vorzunehmen. Ergibt sich bei einer Wahl nicht sofort die erforderliche Stimmenmehrheit, so sind bei einem zweiten Wahlgange

nur diejenigen beiden Mitglieder zur engeren Wahl zu bringen, auf welche vorher die meisten Stimmen sich vereinigt hatten. Sollten dieser Mitglieder mehr als zwei gewesen sein, so müssen sie sämtlich zur engeren Wahl gestellt und es muß mit letzterer so lange fortgefahren werden, bis sich die erforderliche Stimmenmehrheit ergibt. Bei Stimmengleichheit in der engeren Wahl entscheidet das durch den Vorsitzenden zu ziehende Los.

Die ausscheidenden Vorstandsmitglieder sind wieder wählbar.

Ihre Namen sind in der Tagesordnung der Hauptversammlung durch die „Apotheker-Zeitung“ zu veröffentlichen.

§ 27.

Wechsel der Vorstandsmitglieder.

Der Wechsel der Vorstandsmitglieder erfolgt am Schlusse des Kalenderjahres, nachdem die Namen der Neugewählten vorher bekannt gemacht sind. Scheidet ein Mitglied innerhalb seiner dreijährigen Amtsdauer aus dem Vorstande aus, oder lehnt ein gewähltes Vorstandsmitglied erst nach Schluß der Hauptversammlung seine Wahl ab, so findet für den Rest der Amtsdauer bezw. für das ablehnende Mitglied eine Ergänzungswahl erst in der nächsten Hauptversammlung statt.

Scheidet mehr als die Hälfte der Mitglieder des Vorstandes aus, so muß binnen dreißig Tagen eine außerordentliche Hauptversammlung zum Zwecke der Neuwahl einberufen werden.

§ 28.

Rechte und Obliegenheiten des Vorstandes.

Der Vorstand verwaltet und leitet die Vereinsgeschäfte und vertritt den Verein Dritten gegenüber nach außen vermögensrechtlich in allen Angelegenheiten, einschließlich derjenigen, welche nach den Gesetzen eine Spezialvollmacht erfordern.

Außerdem liegt dem Vorstande ob:

1. die Beschlüsse der Hauptversammlung zu vollziehen. Erachtet er dies nachträglich einstimmig für unausführbar, so muß er in der nächsten Hauptversammlung eine nochmalige Beschlußfassung über diesen Gegenstand herbeiführen, ist aber dann an diese gebunden;
2. die Hauptversammlung zu berufen und ihre Tagesordnung festzusetzen;
3. die Aufsicht über die Verwaltung des Vereins, seine Anstalten und Einrichtungen;

4. die Beamten des Vereins anzustellen und zu entlassen, die Feststellung ihrer Gehälter und sonstigen Bezüge durch den von der Hauptversammlung zu genehmigenden Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben des Vereins zu veranlassen;
5. die Kassenangelegenheiten zu besorgen und das Vereinsvermögen zu verwalten; die Aufstellung des Voranschlages für das nächste Jahr sowie die Fertigstellung des Kassenberichts zu bewirken;
6. zu allen Verhandlungen und Arbeiten, welche besondere Fachkenntnisse voraussetzen, Sachverständige zuzuziehen;
7. auf Grund der §§ 10 und 11 dieser Satzung das Ausschließungsverfahren zu handhaben;
8. die Ausführung der Beschlüsse der Ehrenräte zu veranlassen.

§ 29.

Bekanntmachungen.

Alle den Verein betreffenden Bekanntmachungen erfolgen durch die „Apotheker-Zeitung“.

§ 30.

Verbindlichkeit der Beschlüsse des Vorstandes.

Die satzungsmäßig gefaßten Beschlüsse des Vorstandes sind, wenn und soweit es das Vereinsinteresse zuläßt, auf dem im § 29 angegebenen Wege zur Kenntniss der Vereinsmitglieder zu bringen.

§ 31.

Obliegenheiten des Vorsitzenden.

Dem Vorsitzenden gebührt bei allen Verhandlungen, an welchen er in amtlicher Eigenschaft teilnimmt, der Vorsitz und die Leitung der Geschäfte.

Im Verhinderungsfalle übernimmt der stellvertretende Vorsitzende, und wenn auch dieser verhindert sein sollte, ein anderes, vom Vorstande bezeichnetes Mitglied dessen Obliegenheiten.

In Angelegenheiten, bei denen Gefahr im Verzuge ist, kann der Vorsitzende in Uebereinstimmung mit dem geschäftsführenden Ausschusse des Vorstandes eine Entscheidung treffen, ist aber verpflichtet, wenn dies geschehen ist, den übrigen Vorstandsmitgliedern Nachricht zu geben.

§ 32.

Willenserklärungen und Legitimation des Vorstandes.

Schriftliche Willenserklärungen des Vorstandes, durch welche der Verein vermögensrechtlich verpflichtet werden soll, sind unter dem

Namen des Vorstandes vom Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter und dem Schatzmeister oder einem anderen Vorstandsmitgliede zu vollziehen. Zur Rechtsgültigkeit sonstiger Willenserklärungen des Vorstandes genügt die Abgabe derselben durch den Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter.

Die Vorstandsmitglieder führen ihre Legitimation durch ein Zeugnis des Königlichen Polizeipräsidenten von Berlin, welchem zu diesem Behufe jedesmal die Wahlverhandlungen mit den erforderlichen Unterlagen vorzulegen sind.

§ 33.

Obliegenheiten des Schatzmeisters.

Der Schatzmeister verwaltet das Kassenwesen des Vereins. Er hat dessen Gelder, soweit sie nicht zur Bestreitung der laufenden Ausgaben bereit zu halten sind, in zinstragenden Papieren oder Hypotheken nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Anlegung der Mündelgelder anzulegen und haftet dem Verein selbständig, soweit nicht der Vorstand durch Mehrheitsbeschluß die Verantwortung übernommen hat.

Zur Erwerbung von Grundbesitz und sonstigen Werten, welche den obigen Vorschriften nicht entsprechen, bedarf es der Genehmigung der Hauptversammlung.

Die zum Vereinsvermögen (§ 3) gehörenden Inhaberpapiere müssen durch den Schatzmeister gleich nach dem Erwerbe bei der Reichsbank für Rechnung des Vereins hinterlegt werden. Alle in dem von der Hauptversammlung genehmigten Voranschlag aufgeführten Einnahmen und Ausgaben werden durch den Schatzmeister bewirkt; darüber hinausgehende Ausgaben bedürfen besonderer schriftlicher Anweisung des Vorsitzenden. Zur Anlage, zur Kündigung sowie zur anderweitigen Verwendung von Kapitalien des Vereins bedarf es der Zustimmung des Vorstandes; die in Ausführung eines solchen Beschlusses erforderlichen Geschäfte vorzunehmen, ist der Schatzmeister selbständig befugt.

Alljährlich übergibt der Schatzmeister seine Rechnungslage für das verflossene Kalenderjahr dem Kassenprüfer zur Vornahme der Kassenprüfung, bei welcher er zugegen sein muß. Der Kassenprüfer erstattet an den geschäftsführenden Ausschuß des Vorstandes (§ 39) schriftlichen Bericht über das Ergebnis der Prüfung.

Nach stattgehabter Verhandlung über etwa erhobene Beanstandungen legt der geschäftsführende Ausschuß den übrigen Vorstandsmitgliedern zur Abgabe ihrer Äußerungen die Abrechnung, den Prüfungsbericht sowie alle auf die Abrechnung Bezug habenden Schriftstücke vor.

Außerdem hat der Schatzmeister in jedem Jahre den Voranschlag über alle Einnahmen und Ausgaben des Vereins mit einem Berichte dem

geschäftsführenden Ausschusse des Vorstandes zu übergeben. Dieser prüft ihn und läßt ihn dann den übrigen Mitgliedern zugehen.

Die geprüfte Abrechnung und der endgültig festgestellte Voranschlag werden im Namen des Vorstandes von dem Schatzmeister der Hauptversammlung vorgelegt. Ueber ihre weitere öffentliche Bekanntgabe entscheidet der Vorstand.

§ 34.

Regelmässige Sitzungen des Vorstandes.

Einmal jährlich, und zwar unmittelbar vor der ordentlichen Hauptversammlung hat der Vorstand am Orte derselben eine Sitzung abzuhalten, in welcher die laufenden Geschäfte zum Abschlusse gebracht, die Tagesordnung für die ordentliche Hauptversammlung endgültig festgestellt und die von dem Kassenprüfer etwa erhobenen Bedenken, wenn möglich, erledigt werden. Die Einladung zu dieser Sitzung erfolgt mindestens eine Woche vorher schriftlich durch den Vorsitzenden.

Nach Schluß der Hauptversammlung hat der Vorstand zu einer weiteren Sitzung zusammenzutreten, in welcher auch die Verteilung der Aemter an die neugewählten Mitglieder für das kommende Jahr vorzunehmen ist.

§ 35.

Ausserordentliche Sitzungen des Vorstandes.

Der Vorsitzende kann außerdem eine Sitzung des Vorstandes einberufen, wenn die Mehrheit von dessen Mitgliedern zustimmt; er muß eine Sitzung des Vorstandes innerhalb 14 Tagen einberufen, wenn die Mehrheit es schriftlich unter Angabe der Gründe beantragt.

§ 36.

Beschlussfähigkeit des Vorstandes.

Zur Beschlußfähigkeit des Vorstandes ist die Anwesenheit der Mehrheit seiner Mitglieder erforderlich. Die Beschlüsse, welche im Laufe des Jahres auch ohne Anberaumung einer Versammlung von dem Vorsitzenden schriftlich eingeholt werden können, müssen nach Stimmenmehrheit gefaßt sein. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Abstimmung des Vorsitzenden.

In den Sitzungen des Vorstandes haben schriftliche Abstimmungs-erklärungen Abwesender keine Gültigkeit.

§ 37.

Berichte über die Vorstandssitzungen.

Ueber die Verhandlungen sämtlicher Sitzungen des Vorstandes werden Berichte aufgenommen, welche von den Anwesenden zu vollziehen und bei den Urkunden des Vereins aufzubewahren sind.

§ 38.

Verpflichtung der Vorstandsmitglieder zur Anwesenheit in den Sitzungen.

Die Mitglieder des Vorstandes sind verpflichtet, bei allen Sitzungen des Vorstandes und der Hauptversammlung zu erscheinen. Dringende Abhaltung muß dem Vorsitzenden vorher unter Angabe der Gründe schriftlich angezeigt werden. Bleibt ein Vorstandsmitglied ohne vorherige begründete Entschuldigung zweimal aus, so wird es als freiwillig aus dem Vorstande ausgeschieden betrachtet. Ueber die Begründung der Entschuldigung entscheidet der Vorstand.

§ 39.

Der geschäftsführende Ausschuss des Vorstandes.

Der geschäftsführende Ausschuss des Vorstandes, welcher aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden und dem Schatzmeister besteht, hat die Leitung der laufenden Geschäfte des Vereins; er bereitet die an den Vorstand herantretenden Vereinsangelegenheiten vor und unterbreitet sie dem Vorstande zur Beschlussfassung.

Dritte Abteilung.**Der Kassenprüfer.**

§ 40.

Pflichten des Kassenprüfers.

Der Kassenprüfer, welcher, wie sein Stellvertreter, alljährlich von der Hauptversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt wird, hat die Abrechnung über das verflossene Jahr und, mindestens einmal jährlich, den Kassenbestand sowie die Wertpapiere und Hypotheken des Vereins und seiner sämtlichen Kassen und Stiftungen auf ihre satzungsmäßige Beschaffenheit zu prüfen. Ueber das Ergebnis dieser Prüfung ist ein schriftlicher Bericht zu erstatten, in welchem die vorgekommenen Abweichungen von den genehmigten Ansätzen des jährlichen Voranschlages

aufzuführen und zu erläutern sind. Nach vorheriger Verhandlung mit dem geschäftsführenden Ausschusse über die etwa zu erhebenden Be-
anstandungen oder sonstigen Wahrnehmungen in Bezug auf die Führung
der Kassengeschäfte, hat der Kassenprüfer auch den jährlichen Vorstands-
sitzungen (§ 34 Abs. 1) beizuwohnen und der Hauptversammlung zu be-
richten, bezw. die Entlastung des Vorstandes für die vorjährige Rechnung
zu beantragen.

Fällt in einem Jahre die ordentliche Hauptversammlung aus, so sind
die Kassenprüfungen dennoch vorzunehmen und der Bericht durch den
Vorstand in der „Apotheker-Zeitung“ zu veröffentlichen; auch gilt das
Amt des Kassenprüfers als um ein Jahr verlängert.

Vierte Abteilung.

Die Kreise.

§ 41.

Einteilung.

Das Vereinsgebiet ist in Kreise eingeteilt, an deren Spitze die
Kreisvorsteher stehen. Eine Aenderung der bestehenden Zusammen-
setzung der Kreise darf nur mit Genehmigung des Vorstandes stattfinden.

§ 42.

Geschäftsleitung der Kreise.

Soweit die Satzung nichts anderes vorschreibt, erfolgt die Ver-
waltung jedes Kreises nach den von der Kreisversammlung festzustellenden
Bestimmungen.

§ 43.

Mitgliedschaft.

Jedes Vereinsmitglied wird ohne weiteres Mitglied des Kreises, in
dessen Bezirk es seinen Wohnsitz hat.

§ 44.

Kreisvorstand.

An der Spitze jedes Kreises steht ein aus dem Kreisvorsteher und
weiteren zwei oder vier Kreismitgliedern gebildeter Vorstand, welcher
in der Kreisversammlung durch Stimmzettel auf drei Jahre gewählt wird.
Die Wahl des Kreisvorstehers und seines Stellvertreters erfolgt in einem
besonderen Wahlgange. Wiederwahl der Ausscheidenden ist zulässig.

Die in der Versammlung nicht anwesenden Kreismitglieder können
ihr Stimmrecht schriftlich ausüben.

Der Kreisvorstand bestimmt nach Maßgabe dieser Satzung den Zeitpunkt der Kreisversammlung, sowie deren Tagesordnung, auf welche auch die vom Vorstande bezeichneten Beratungsgegenstände gesetzt werden müssen.

§ 45.

Obliegenheiten der Kreisvorsteher.

Der Kreisvorsteher hat die ihm vom Vorstande des Vereins zugehenden Aufträge auszuführen, die Beiträge von den Kreismitgliedern zu erheben, ihre Wünsche und Anträge entgegenzunehmen und sachgemäß zu erledigen. Er führt die Mitgliederliste des Kreises und beruft die Sitzungen des Kreisvorstandes und die Kreisversammlung.

Er hat der Geschäftsstelle des Vereins alljährlich eine Mitgliederliste des Kreises einzusenden, auch alle Personalveränderungen derselben baldmöglichst mitzuteilen.

§ 46.

Kreisversammlungen.

In jedem Jahre muß vor dem 1. Juli eine Kreisversammlung stattfinden; außerdem ist der Kreisvorstand befugt, weitere Kreisversammlungen einzuberufen. Die Berufung geschieht a) im amtlichen Teile der „Apotheker-Zeitung“, b) in besonderem Schreiben durch den Kreisvorsteher, mindestens zwei Wochen vor dem Zusammentritte der Kreisversammlung unter Angabe der Tagesordnung.

Die Kreisversammlungen fassen ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, im Falle einer Wahl das Los.

Als Geschäftsordnung gilt die für die Hauptversammlung erlassene, sofern die Kreisversammlung nichts anderes beschließt.

§ 47.

Verhandlungsberichte der Kreisversammlungen.

Ueber die Verhandlungen der Kreisversammlung ist ein Bericht aufzunehmen, welcher von dem Vorsitzenden oder Schriftführer zu unterzeichnen ist. Er ist spätestens eine Woche nach Abhaltung der Kreisversammlung an die Geschäftsstelle des Vereins einzusenden, welche ihn im amtlichen Teile der „Apotheker-Zeitung“ zu veröffentlichen hat. Der Inhalt des Berichtes darf ohne Zustimmung des geschäftsführenden Ausschusses des Vorstandes (§ 39) nicht anderweitig zur öffentlichen Kenntnis gebracht werden, bevor die Veröffentlichung in der „Apotheker-Zeitung“ erfolgt ist.

§ 48.

Zuständigkeit der Kreisversammlungen.

Die Kreisversammlung regelt die inneren Angelegenheiten des Kreises selbständig. Sie wählt die Abgeordneten zu den Hauptversammlungen des Vereins (§ 17) und den Kreisvorstand; sie berät die für die Hauptversammlung des Vereins bestimmten, sowie die ihr von dem Vereinsvorstände besonders überwiesenen Anträge und Vorlagen.

Allgemeine, den ganzen Verein oder den ganzen deutschen Apothekerstand berührende Fragen dürfen den Behörden gegenüber in Vorstellungen, Eingaben und dergl. von den Kreisen als solchen nur mit Zustimmung des Vorstandes behandelt werden.

Fünfte Abteilung.**Gemeinsame Bestimmungen für den Vorstand, den Kassenprüfer und die Kreisvorstände.**

§ 49.

Unentgeltlichkeit der Verwaltung.

Die Mitglieder des Vorstandes, der Kassenprüfer und die Kreisvorstände verwalten ihre Aemter unentgeltlich.

Den Kreisvorständen wird nach einem von der Hauptversammlung festzustellenden Satze aus der Vereinskasse eine Entschädigung für ihre baren Auslagen gewährt. Den Mitgliedern des Vorstandes und dem Kassenprüfer werden nach dem von der Hauptversammlung festzustellenden Satze alle notwendigen Auslagen mit Einschluß der Reisekosten und Tagegelder aus der Vereinskasse ersetzt.

Sechste Abteilung.**Die Ehrenräte.**

§ 50.

Zweck und Zusammensetzung.

Für jeden Kreis oder, wenn es zweckmäßiger erscheint, für die Vereinigung mehrerer Kreise, wird ein Ehrenrat gebildet. Die Entscheidung über die Bildung des Ehrenrates für mehrere Kreise erfolgt auf den Antrag der letzteren durch den Vorstand. Jeder Ehrenrat besteht aus mindestens fünf Mitgliedern und drei Stellvertretern. In Bundesstaaten, welche eine mit amtlicher Disziplinarbefugnis ausgestattete gewählte Standesvertretung der Apotheker haben, tritt diese an Stelle des Ehrenrates.

Nach erfolgter Wahl der Ehrenratsmitglieder sorgt der Kreisvorsteher dafür, daß der Ehrenrat sich konstituiert, und teilt, wenn dies geschehen ist, der Geschäftsstelle des Vereins die Zusammensetzung des Ehrenrates und den Namen des Vorsitzenden mit.

§ 51.

Wahl.

Die Wahl der Ehrenratsmitglieder erfolgt wie die der Abgeordneten zur Hauptversammlung (§ 17), und zwar auf die Dauer von drei Jahren.

§ 52.

Geschäftsordnung.

Der Ehrenrat wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Die Verhandlungen des Ehrenrates können schriftlich oder, wenn die Mehrheit es beschließt, mündlich erfolgen. Die Fällung des Urteils findet nach einer mündlichen Schlußverhandlung statt, zu welcher der Vorsitzende die Mitglieder sowie den Beschuldigten mindestens 14 Tage vorher schriftlich zu laden hat. Sie erfolgt durch Stimmenmehrheit. Gültig sind nur diejenigen Beschlüsse des Ehrenrates, an welchen fünf Mitglieder teilgenommen haben. Ueber die Verhandlungen der Ehrenräte sind schriftliche Berichte aufzunehmen.

Die Mitglieder des Ehrenrates sind zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet.

Jedes Vereinsmitglied hat das Recht, Antrag auf Einleitung einer ehrenrätlichen Untersuchung zu stellen. Alle Anträge sind dem Vorsitzenden des Ehrenrates schriftlich einzureichen und ausführlich zu begründen. Der Ehrenrat hat die Pflicht, Anträge auf ehrenrätliche Untersuchung einer Prüfung zu unterziehen.

§ 53.

Zuständigkeit.

Der Beurteilung des Ehrenrates unterliegen alle Handlungen der Vereinsmitglieder, welche die Ehre des Standes, des Vereins oder eines Vereinsmitgliedes verletzen können.

Mitglieder, die ein unmittelbares oder mittelbares Staatsamt bekleiden, unterliegen dem Spruche des Ehrenrates nicht.

Der Beschluß des Ehrenrates kann lauten:

1. auf Abweisung des Antrages,
2. auf Freisprechung,

3. auf Aufforderung, ein gegebenes Aergernis zu beseitigen,
4. auf Warnung,
5. auf Antrag bei dem Vorstand des Vereins auf Ausschluß aus dem Vereine (§ 10).

Das ehrenrätliche Verfahren findet, mit Ausnahme des im § 54 der Satzung vorhergesehenen Falles, vor dem Ehrenrate desjenigen Kreises statt, welchem der Beschuldigte angehört.

Durch Beschluß des Ehrenrates kann ein Mitglied desselben in einer Angelegenheit, bei welcher es befangen erscheint, der Teilnahme an den Verhandlungen enthoben und ein Stellvertreter einberufen werden. Ein dahingehender Antrag kann von dem betreffenden Mitglieder des Ehrenrates, von dem Antragsteller und von dem Beschuldigten bei dem Vorsitzenden des Ehrenrates gestellt werden.

§ 54.

Gang des Verfahrens.

1. Ist gegen ein Mitglied der Antrag auf ehrenrätliches Verfahren gestellt, so ist der Austritt dieses Mitgliedes aus dem Verein erst nach dem Ablaufe einer Kündigungsfrist von zwei Jahren zulässig; durch die Kündigung wird das ehrenrätliche Verfahren nicht unterbrochen. Das ehrenrätliche Verfahren gilt durch die Stellung des Antrages als eröffnet; ein eröffnetes Verfahren darf vor Beendigung durch ehrenrätlichen Spruch (§ 53) nicht eingestellt werden.

2. Die Verhandlungen können schriftlich oder mündlich geführt werden. Dem Ehrenrate steht das Recht zu, Auskünfte einzuziehen, Beweismittel zu sammeln und Zeugen zu vernehmen. Jedes Vereinsmitglied ist verpflichtet, vom Ehrenrate ergangene Anfragen gewissenhaft zu beantworten. Verhandlungen von Ehrenratsmitgliedern mit dem Beschuldigten sind, soweit sie nicht in ausdrücklichem Auftrage des Ehrenrats erfolgen, unzulässig.

3. Dem Beschuldigten ist Vertretung durch ein anderes von ihm schriftlich bevollmächtigtes Vereinsmitglied gestattet. Die Verhandlung findet auch dann statt, wenn der geladene Beschuldigte oder dessen Bevollmächtigter nicht erscheint; doch kann auf begründeten Antrag die Verhandlung vertagt werden.

4. Dem Beschuldigten ist vom Ehrenrate mindestens 14 Tage vor dem anberaumten Termin eine Abschrift des Antrages mit Angabe der zu dessen Begründung vorgebrachten Tatsachen gegen Empfangsbescheinigung mitzuteilen.

5. Der von allen Mitgliedern des Ehrenrates, welche an der Verhandlung teilgenommen haben, zu unterzeichnende Beschluß muß mit seiner

Begründung dem Beschuldigten gegen Empfangsbescheinigung und außerdem dem Antragsteller und dem Vereinsvorstande schriftlich mitgeteilt werden.

6. Gegen den Beschluß des Ehrenrates kann der Beschuldigte binnen 14 Tagen nach Zustellung des Spruches des Ehrenrates bei dem Vereinsvorstande Berufung einlegen. Der Vereinsvorsitzende hat dann zunächst den Ehrenrat, gegen dessen Entscheidung Berufung eingelegt ist, in Kenntnis zu setzen und vom Vorsitzenden des Ehrenrates die Verhandlungsakten zur Kenntnismahme des Vereinsvorstandes einzufordern. Letzterer hat binnen sechs Wochen nach Eingang der Berufung die Angelegenheit dem Ehrenrate eines anderen Kreises zu überweisen, bei dessen Entscheidung es sein Bewenden hat, sofern er zu dem gleichen Spruch wie der erste Ehrenrat gelangt ist. Bei widerstreitenden Sprüchen hat der Vorstand auf Antrag die Pflicht, die Sache einem dritten Ehrenrate zur endgültigen Entscheidung zu überweisen.

§ 55.

Kosten.

Schreibgebühren und Portoaussagen werden den Mitgliedern des Ehrenrates erstattet und können, wenn die Beschuldigung für ungerechtfertigt befunden wird, auf Entscheidung des Ehrenrates auch dem Beschuldigten aus der Vereinskasse erstattet werden. Für die zum Besuche der Termine erforderlichen Reisen wird nur das Fahrgeld nach Maßgabe des für die Vorstandsmitglieder gültigen Satzes vergütet. Die Berechnung der Kosten erfolgt, mit Ausnahme des Portos spezifiziert, durch den Vorsitzenden des Ehrenrats und wird durch Vermittlung des Kreisvorstehers an die Geschäftsstelle in Berlin eingereicht. Die Zahlung durch den Schatzmeister bedarf der Anweisung durch den Vereinsvorsitzenden.

Siebente Abteilung.

Die Geschäftsstelle.

§ 56.

Obliegenheiten der Geschäftsstelle.

An dem Sitze des Vereins ist eine Geschäftsstelle errichtet, welche im Auftrage und unter Verantwortlichkeit des geschäftsführenden Ausschusses des Vorstandes die geschäftliche Verwaltung des Vereins führt.

Zu den Sitzungen des Vorstandes sowie zu Haupt- und Kreisversammlungen können die Beamten der Geschäftsstelle mit beratender Stimme zugezogen werden.

Dritter Abschnitt. Allgemeine Bestimmungen.

§ 57.

Abänderung der Satzung.

Zur Abänderung der Satzung bedarf es eines Antrages des Vorstandes oder mindestens eines Drittels der Kreise. Ein solcher Antrag ist stets innerhalb dreier Monate allen Kreisen zur Beratung zu überweisen.

Zur Abänderung der Satzung ist eine Mehrheit von drei Vierteln der in der Hauptversammlung anwesenden stimmberechtigten Mitglieder erforderlich.

Abänderungen der Satzung, welche den Sitz, den Zweck oder die äußere Vertretung des Vereins, sowie Beschlüsse, welche die Auflösung des Vereins und anderweitige Verwendung des Vereinsvermögens zum Gegenstande haben, bedürfen landesherrlicher Genehmigung, sonstige Änderungen der Genehmigung des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg.

§ 58.

Auflösung des Vereins.

Die Auflösung des Vereins kann nur dann erfolgen, wenn sie in einer Hauptversammlung mit Stimmenmehrheit beantragt und in einer alsdann ausschließlich zu diesem Zwecke berufenen außerordentlichen Hauptversammlung von den Abgeordneten von mindestens drei Vierteln der Vereinskreise beschlossen wird.

Dieselbe Hauptversammlung ist ausschließlich zuständig, über die Verwendung des Vereinsvermögens Beschlüsse zu fassen.

Uebergangsbestimmungen.

Die bei Inkrafttreten dieser Satzung nach den Festsetzungen des „Revidierten Statuts des Deutschen Apotheker-Vereins“ vom 7. August 1882 dem Verein angehörenden außerordentlichen Mitglieder behalten ihre Rechte und Pflichten bis zu ihrem Ausscheiden aus dem Vereine.

BERLIN, den 5. September 1907.

Der Vorstand des Deutschen Apotheker-Vereins.

Dr. H. Salzmann

Vorsitzender.

Dr. E. Vogt

Stellvertretender Vorsitzender.

Dr. F. Calließ

Schatzmeister.

Dr. C. Bedall.

Dr. H. Geyer.

Dr. C. Jehn.

G. Nithack.

Nachtrag

des Beschlusses des Deutschen Apotheker-Vereins

vom 2. September 1911.

Erlassen von der 22. ordentlichen Mitgliederversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins in Potsdam am 21. August 1911.

Der Vorstand hat folgende Wapstange:

Präsidium der Mitglieder.

Der ordentliche Vorsitzende wählt nach Jahresbezug der Mitgliedschaften im Monat Januar zu der Kreisversammlung ordentlich und ersatzweise an den Kreisversammlungen teilnehmende Mitglieder. In einzelnen Fällen auf Antrag des Mitglieds und Genehmigung der Kreisversammlung das Recht zu erteilen.

Nachstehende haben in der ersten vier Wochen nach der Jahresversammlung unter dem Vorbehalt der Mitgliedschaft für das nächste Jahr die Befugnis zu übernehmen nach der Mitgliedschaft des 1. 1. 1912.

Die Vereinskasse und Kasse der Kreisversammlungen sind nach der Jahresversammlung bis zur Höhe von 100 M für die Kreisversammlung zu stellen.

Außerdem ist jedes ordentliche Mitglied verpflichtet, bei der Jahresversammlung eine Leihgabe von 1 M an die Kreisversammlung zu leisten zu zahlen.

Der 1. 1. 1912 beträgt die Höhe der Mitgliedschaft.

1. 1. 1912

Mitglieder des Vorstandes.

Der Vorstand besteht aus einem ordentlichen, zwei ehrenamtlichen und einem Ersatzmitglied. Der ordentliche Vorsitzende wählt nach der Jahresversammlung die beiden Ersatzmitglieder. Der ordentliche Vorsitzende wählt nach der Jahresversammlung die beiden Ersatzmitglieder. Der ordentliche Vorsitzende wählt nach der Jahresversammlung die beiden Ersatzmitglieder.

BERLIN, den 2. September 1911.

Der Vorstand des Deutschen Apotheker-Vereins.

Dr. Salomon

Dr. Vogt

Dr. F. Schmidt

Vorsitzender

Beisitzer

Beisitzer

Dr. Nitsch

Carl Schacht

Dr. C. Wedell

Schmidt

21. August

Der Vorsitzende Nachtrag vom 2. September 1911. Der Vorsitzende Nachtrag vom 2. September 1911. Der Vorsitzende Nachtrag vom 2. September 1911.

POTSDAM, den 21. November 1911.

Der Vorsitzende

1. 1. 1912

Nachtrag

zu der Satzung des Deutschen Apotheker-Vereins vom 5. September 1907.

Beschlossen von der 40. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins zu Freiburg i. B. am 24. August 1911.

Der § 7 erhält folgenden Wortlaut:

§ 7.

Pflichten der Mitglieder.

Die ordentlichen Mitglieder zahlen einen Jahresbeitrag von 20 M, der im Monat Januar an die Kreisvorsteher einzusenden und von letzteren an den Schatzmeister abzuliefern ist. Der Vorstand ist befugt, in einzelnen Fällen auf Antrag des Mitgliedes und Empfehlung des Kreisvorstandes den Beitrag zu ermäßigen.

Neuaufgenommene zahlen in den ersten vier Wochen nach erfolgter Aufnahme außer dem vollen Beitrage für das laufende Jahr, in welchem sie aufgenommen sind, ein Eintrittsgeld von 6 M.

Die Vereinskreise sind befugt, von ihren Mitgliedern einen Jahresbeitrag bis zur Höhe von 3 M für die Kreiskasse zu erheben.

Außerdem ist jedes ordentliche Mitglied verpflichtet, bei Annahme eines Lehrlings 6 M an die Stipendienkasse des Vereins zu zahlen.

Der § 25 erhält folgenden Wortlaut:

§ 25.

Mitglieder des Vorstandes.

Der Vorstand besteht aus neun Mitgliedern, von denen mindestens sechs Apothekenbesitzer sein müssen. Der Vorstand erwählt aus seiner Mitte für die ganze Amtsdauer der betreffenden Mitglieder einen Vorsitzenden, einen Stellvertreter des Vorsitzenden, einen Schatzmeister und beschließt über deren etwaige Stellvertretung.

BERLIN, den 9. November 1911.

Der Vorstand des Deutschen Apotheker-Vereins.

Dr. Salzmann

Vorsitzender.

Dr. Vogt

Stellvertretender Vorsitzender.

Dr. F. Calließ

Schatzmeister.

G. Nithack.

Curt Schnabel.

Dr. C. Bedall.

Schniewind.

Der vorstehende Nachtrag vom 24. August
9. November 1911 zu der Satzung
des Deutschen Apotheker-Vereins vom 5. September 1907 wird genehmigt

POTSDAM, den 29. November 1911.

Der Oberpräsident.
v. Conrad.

Verordnung

zur Ausführung des Gesetzes vom 1. April 1907

über die Verhältnisse der Arbeitervereine

Erste Verordnung über die Verhältnisse der Arbeitervereine vom 1. April 1907

§ 1. Zweck und Umfang der Verordnung

§ 2. Begriffsbestimmung

§ 3. Zweck und Umfang der Arbeitervereine

Die Arbeitervereine haben den Zweck, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und die Verbesserung ihrer Lage zu bewirken. Sie können in Form von Vereinen, Verbänden oder sonstigen Organisationen bestehen. Die Arbeitervereine sind von der Regierung zu genehmigen.

Die Arbeitervereine sind von der Regierung zu genehmigen. Die Arbeitervereine sind von der Regierung zu genehmigen. Die Arbeitervereine sind von der Regierung zu genehmigen. Die Arbeitervereine sind von der Regierung zu genehmigen. Die Arbeitervereine sind von der Regierung zu genehmigen.

§ 4. Zweck und Umfang der Arbeitervereine

§ 5. Begriffsbestimmung

§ 6. Zweck und Umfang der Arbeitervereine

Die Arbeitervereine sind von der Regierung zu genehmigen. Die Arbeitervereine sind von der Regierung zu genehmigen. Die Arbeitervereine sind von der Regierung zu genehmigen. Die Arbeitervereine sind von der Regierung zu genehmigen. Die Arbeitervereine sind von der Regierung zu genehmigen.

§ 7. Zweck und Umfang der Arbeitervereine

§ 8. Zweck und Umfang der Arbeitervereine

§ 9. Zweck und Umfang der Arbeitervereine

§ 10. Zweck und Umfang der Arbeitervereine

§ 11. Zweck und Umfang der Arbeitervereine

§ 12. Zweck und Umfang der Arbeitervereine

§ 13. Zweck und Umfang der Arbeitervereine

§ 14. Zweck und Umfang der Arbeitervereine

§ 15. Zweck und Umfang der Arbeitervereine

Nachtrag

zu der Satzung des Deutschen Apotheker-Vereins

vom 5. September 1907.

Beschlossen von der 40. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins zu Freiburg i. B. am 24. August 1911.

Der § 7 erhält folgenden Wortlaut:

§ 7.

Pflichten der Mitglieder.

Die ordentlichen Mitglieder zahlen einen Jahresbeitrag von 20 M, der im Monat Januar an die Kreisvorsteher einzusenden und von letzteren an den Schatzmeister abzuliefern ist. Der Vorstand ist befugt, in einzelnen Fällen auf Antrag des Mitgliedes und Empfehlung des Kreisvorstandes den Beitrag zu ermäßigen.

Neuaufgenommene zahlen in den ersten vier Wochen nach erfolgter Aufnahme außer dem vollen Beitrage für das laufende Jahr, in welchem sie aufgenommen sind, ein Eintrittsgeld von 6 M.

Die Vereinskreise sind befugt, von ihren Mitgliedern einen Jahresbeitrag bis zur Höhe von 3 M für die Kreiskasse zu erheben.

Außerdem ist jedes ordentliche Mitglied verpflichtet, bei Annahme eines Lehrlings 6 M an die Stipendienkasse des Vereins zu zahlen.

Der § 25 erhält folgenden Wortlaut:

§ 25.

Mitglieder des Vorstandes.

Der Vorstand besteht aus neun Mitgliedern, von denen mindestens sechs Apothekenbesitzer sein müssen. Der Vorstand erwählt aus seiner Mitte für die ganze Amtsdauer der betreffenden Mitglieder einen Vorsitzenden, einen Stellvertreter des Vorsitzenden, einen Schatzmeister und beschließt über deren etwaige Stellvertretung.

BERLIN, den 9. November 1911.

Der Vorstand des Deutschen Apotheker-Vereins.

Dr. Salzmann

Vorsitzender.

Dr. Vogt

Stellvertretender Vorsitzender.

Dr. F. Calließ

Schatzmeister.

G. Nithack.

Curt Schnabel

Dr. C. Bedall.

Schniewind.

Der vorstehende Nachtrag vom 24. August
9. November 1911 zu der Satzung
des Deutschen Apotheker-Vereins vom 5. September 1907 wird genehmigt

POTSDAM, den 29. November 1911.

Der Oberpräsident.
v. Conrad.

Zweiter Nachtrag

zu der Satzung des Deutschen Apotheker-Vereins

vom 5. September 1907.

Beschlossen von der 45. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins zu Berlin am 28. und 29. August 1919.

Der erste Satz des § 6 erhält folgenden Wortlaut:

„Ordentliches Mitglied kann jeder im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindliche approbierte Apotheker werden, welcher entweder Reichsangehöriger ist oder in den früheren deutschen Gebieten seinen Wohnsitz hat, die durch den Versailler Frieden vom Deutschen Reiche abgetrennt sind.“

Der § 7 des I. Nachtrages erhält folgenden Wortlaut:

§ 7.

Pflichten der Mitglieder.

„Die ordentlichen Mitglieder, welche Inhaber von Apotheken sind, zahlen einen Jahresbeitrag von 50 M., die übrigen ordentlichen Mitglieder einen Jahresbeitrag von 30 M. Die Beiträge sind im Monat Januar an den Kreisvorsteher einzusenden und von letzterem an den Schatzmeister oder die von diesem bezeichnete Stelle abzuführen. Der Vorstand ist befugt, in einzelnen Fällen auf Antrag des Mitgliedes und Empfehlung des Kreisvorstehers den Beitrag zu ermäßigen.“

Neuaufgenommene zahlen in den ersten vier Wochen nach erfolgter Aufnahme außer dem vollen Beitrage für das laufende Jahr, in welchem sie aufgenommen sind, ein Eintrittsgeld von 6 M.

Die Vereinskreise sind befugt, von ihren Mitgliedern einen Jahresbeitrag nach eigenem Ermessen für die Kreiskasse zu erheben.

Außerdem ist jedes ordentliche Mitglied verpflichtet, bei Annahme eines Lehrlings 6 M. an die Stipendienkasse des Vereins zu zahlen.“

Der Absatz 3 des § 57 erhält folgenden Wortlaut:

„Abänderungen der Satzung, die den Zweck des Vereins betreffen, und Beschlüsse, die die Auflösung des Vereins und anderweitige Verwendung des Vereinsvermögens zum Gegenstande haben,

bedürfen der Genehmigung der Preußischen Staatsregierung, sonstige Änderungen der Genehmigung des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg.“

BERLIN, den 5. Oktober 1919.

Vorstand des Deutschen Apotheker-Vereins.

Dr. Salzmann

Vorsitzender.

Dr. Wartenberg

Schatzmeister.

Der vorstehende zweite Nachtrag vom 5. Oktober 1919 zu der Satzung des Deutschen Apotheker-Vereins vom 5. September 1907 wird genehmigt.

CHARLOTTENBURG, den 30. Oktober 1919.

(Stempel.)

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg und von Berlin.

Im Auftrage:

gez. Stein.

Genehmigung.

O. P. 20659.

Dritter Nachtrag zu der Satzung des Deutschen Apotheker-Vereines vom 5. September 1907.

Beschlossen von der 46. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereines zu Eisenach am 8., 9. und 10. September 1920.

Der § 7 des zweiten Nachtrages erhält folgenden Wortlaut:

§ 7.

Pflichten der Mitglieder.

„Die ordentlichen Mitglieder zahlen einen Jahresbeitrag, der alljährlich von der Hauptversammlung für das folgende Jahr festgesetzt wird. Die Beiträge sind im Monat Januar an den Kreisvorsteher einzusenden und von letzterem an den Schatzmeister oder die von diesem bezeichnete Stelle abzuführen. Der Vorstand ist befugt, in einzelnen Fällen auf Antrag des Mitgliedes und Empfehlung des Kreisvorstehers den Beitrag zu ermäßigen.

Neuaufgenommene zahlen in den ersten vier Wochen nach erfolgter Aufnahme außer dem vollen Beitrag für das laufende Jahr, in welchem sie aufgenommen sind, ein Eintrittsgeld von 20 M.

Die Vereinskreise sind befugt, von ihren Mitgliedern einen Jahresbeitrag nach eigenem Ermessen für die Kreiskasse zu erheben.“

Der bisherige Absatz 4 des § 7 ist zu streichen.

Berlin, den 29. November 1920.

Vorstand des Deutschen Apotheker-Vereines.

Dr. Salzmann, Vorsitzender. Dr. Wartenberg, Schatzmeister.

Der vorstehende dritte Nachtrag vom 29. November 1920 zu der Satzung des Deutschen Apotheker-Vereines vom 5. September 1907 wird genehmigt.

Charlottenburg, den 10. Februar 1921.

(Stempel.)

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg und von Berlin.

I. V.: v. Hahnke.

Genehmigung.
O. P. 19547. 20.

